

Rede

Kiel, 26.04.2012

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Demenzplan für Schleswig-Holstein erstellen, Bessere Anerkennung und Rahmenbedingungen in der Pflege

Schon heute sind in Deutschland weit über eine Million Menschen an Demenz erkrankt. Ihre Pflege und Betreuung kostet viele Angehörige enorm viel Zeit und Kraft. Wenn ich mit Menschen über dieses Thema spreche, stelle ich eins immer wieder fest: Fast jeder ist schon auf die eine oder andere Art mit der Alterskrankheit in Berührung gekommen. Auf die Frage, wie es mit der Zukunft aussieht und ob man für den Fall einer Erkrankung im näheren Umfeld mit genügend Unterstützung rechnet, antworten die meisten mit nein. Wenn man dazu noch den insgesamt rasant steigenden Pflegebedarf sieht, kann man sich aus Sicht des SSW nur große Sorgen machen. Für uns ist klar, dass hier dringend mehr getan werden muss. Die Politik muss Lösungen aufzeigen und den Menschen das Gefühl geben, mit dieser Herausforderung nicht allein zu sein.



Auch wenn Schleswig-Holstein vom demografischen Wandel weniger hart betroffen sein wird als andere Länder, wird auch hier in den nächsten Jahren der Anteil Demenzkranker an der Bevölkerung stark ansteigen. Was liegt also näher, als in einem ersten Schritt regional differenziert zu ermitteln, wie hoch der Bedarf an Pflegeleistungen denn eigentlich sein wird? Warum soll nicht konkret geplant werden, wie dieser Bedarf gedeckt werden kann? Warum soll die Gesellschaft nicht besser über Demenz informiert und bestimmte Gruppen geschult werden? Und was spricht dagegen, die verschiedenen und zum Teil bereits vorhandenen Lösungsansätze zu einem Gesamtplan zu verbinden? Auch wenn ich mich hier wiederhole: Wir sind an einem Punkt, an dem es nicht mehr reicht, auf die Einzelprobleme der Demenzbetreuung zu schauen. Was wir brauchen um dieser wachsenden Herausforderung zu begegnen, ist ein Gesamtkonzept. Und das Ziel dabei muss die Verbesserung der Lebensqualität von Demenzkranken und ihrer Angehörigen sein.

Vor dem Hintergrund der zukünftigen Herausforderungen kann meine Fraktion beim besten Willen nicht nachvollziehen, warum sich CDU und FDP gegen einen Demenzplan sperren. Ein konkreter Plan, wie wir für die zunehmende Zahl von Demenzkranken eine menschenwürdige Versorgung sichern, ist dringend notwendig. Und die von uns aufgeführten Punkte sind dabei auch noch völlig logisch und letztlich mit weit weniger Kosten verbunden, als die Strategie, sich erst dann mit dem Problem zu beschäftigen, wenn es wirklich akut ist. Dass die regierungstragenden Fraktionen selbst nach der sehr ergiebigen und aufschlussreichen Anhörung zu diesem Thema nicht zustimmen können, verwundert uns doch sehr.

Egal ob wir uns die Stellungnahme des DGB, der Alzheimer Gesellschaft oder der Landesverbände der Pflegekassen anschauen: alle halten die bestehenden Versorgungsstrukturen für nicht ausreichend. Fast alle halten einen Demenzplan für einen wichtigen und notwendigen Schritt auf dem Weg zu einer besseren Versorgung. Und kaum ein Verband oder Verein



zweifelt daran, dass ein solcher Plan dazu beitragen kann, die Lebenssituation der Demenzkranken und ihrer Angehörigen zu verbessern. Diese recht eindeutigen Erkenntnisse aus der Anhörung sollten doch eigentlich zu denken geben. Ich will bei dieser Gelegenheit nur noch mal daran erinnern, dass wir hier keine Zeit zu verlieren haben.

Unabhängig davon, wann sich hier im Haus endlich die Erkenntnis durchsetzt, dass wir in Sachen Pflege und Demenz mehr tun müssen, ist aus Sicht des SSW eins besonders wichtig: Wir müssen bei unseren Bemühungen vor allem auf eine bessere Vorbeugung und verbesserte Vorsorgeangebote für potentielle Demenzkranke setzen. Investitionen im präventiven Bereich sind zentral. So sorgen wir dafür, dass die Zahl der Erkrankten und die Dauer der Erkrankung verringert werden. Und ich muss noch mal darauf hinweisen, dass es auch rein ökonomisch Sinn macht, hierfür Geld auszugeben: Vorsorgemaßnahmen können den Ausbruch von Demenz um 10-15 Jahre verschieben.

Übergeordnet ist und bleibt eins völlig klar: Um eine menschenwürdige Pflege zu erhalten, brauchen wir insgesamt verbesserte Rahmenbedingungen in diesem Bereich. Und mit Blick auf die Versorgung Demenzkranker kommen wir über kurz oder lang nicht an einem koordinierten Vorgehen und an einem schlüssigen Gesamtkonzept vorbei. Hierfür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen.

